



Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

► Regierungsratsbeschluss vom 25. September 2012

P125229

Interpellation Nr. 82 Beatrice Alder betreffend die Vergabe von Staatsaufträgen; schriftliche Beantwortung

- ://: 1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Schreibensentwurf an den Grossen Rat.

Begründung

Der Regierungsrat stellt gegenüber der Interpellantin fest, dass eine Direktvergabe von öffentlichen Aufträgen an Institutionen mit dem Hauptzweck Personen aus dem zweiten Arbeitsmarkt zu beschäftigen, grundsätzlich möglich ist. Gemäss § 3 Abs. 2 des Beschaffungsgesetzes des Kantons Basel-Stadt gilt nämlich das Beschaffungsgesetz nicht für Vergaben an Behindertenorganisationen, Wohltätigkeits-einrichtungen, Strafanstalten sowie für arbeitsmarktrechtliche Massnahmen nach Arbeitslosenversicherungsgesetz. Es bleibt im Einzelfall zu prüfen, ob eine Institution, diese gesetzlichen Vorlagen erfüllt. Zu beachten sind bei einer Neuvergabe zudem allfällige Vereinbarungen mit bestehenden Vertragspartnern.

